

ISRAEL

MICHAEL MERTES
EVELYN GAISER

FEBRUAR 2014

www.kas.de/israel

Israelisch-palästinensische Verhandlungen: Die Stunde der Wahrheit rückt näher

EINE MOMENTAUFNAHME AUS ISRAEL ZU BEGINN DES JAHRES 2014

Voraussichtlich wird die Debatte über das Ob und das Wie einer Zwei-Staaten-Lösung in Israel 2014 die nach wie vor drängenden innenpolitischen Reformthemen in den Hintergrund rücken. Die zunehmende Nervosität der politischen Akteure äußert sich unter anderem in ungewohnt scharfer Kritik an den Vereinigten Staaten und zunehmender Furcht vor einer internationalen Boykottbewegung gegen Israel. Trotz erheblicher Opposition innerhalb seiner eigenen Regierung und innerhalb seiner eigenen Partei, des Likud, sitzt Ministerpräsident Netanjahu fest im Sattel.

In nächster Zeit – ein genaues Datum steht nicht fest – wird US-Außenminister John Kerry Israelis und Palästinensern den Entwurf eines Rahmenabkommens auf dem Weg zum „final status agreement“ (d.h. zur abschließenden Regelung aller Streitfragen) vorlegen. Die von Kerry für eine solche Regelung ursprünglich gesetzte Frist von neun Monaten läuft Ende April 2014 ab.

Schon seit längerem steht fest, dass dieser Termin nicht einzuhalten ist.¹ Das angekündigte Rahmenabkommen soll nunmehr einen Zwischenschritt ermöglichen. Die Frist für eine abschließende Regelung wird – Stand: Anfang Februar 2014 – auf Ende des Jahres verschoben.² Kerry betont neuerdings, dass mit dem Rahmenabkommen nichts präjudiziert werden solle – es habe lediglich den Zweck, beide Seiten auf ein ernsthaftes „endgame“ zu verpflichten.³

Die Debatte darüber, ob eine Zwei-Staaten-Lösung überhaupt wünschenswert ist und, wenn ja, wie weit Israel den Palästinensern entgegenkommen sollte, prägt gegenwärtig die israelische Innenpolitik und drängt die wirtschaftlich-soziale Reformagenda des Kabinetts Netanjahu III⁴ in den Hintergrund – wenn man einmal vom eskalierenden Streit über den Wehrdienst ultraorthodoxer Jeschiwa-Sudenten absieht.⁵

Während sich bislang alle Beteiligten daran hielten, keine Details aus den Verhandlungen in die Öffentlichkeit dringen zu lassen, wird der Nachrichtenmarkt seit Anfang des Jahres immer häufiger mit (gezielten) Indiskretionen bedient. Gelegentlich dürfte es sich dabei um „Testballons“ handeln. Diesen Eindruck erweckte zum Beispiel Ende Januar das Aufsehen erregende Op-Ed des *New York Times*-Kommentators Thomas Friedman, in dem Details eines angeblichen „Kerry-Plans“ vorgestellt wurden.⁶

Ein anderer Typ Indiskretion dient wohl vor allem dazu, die eigene Anhängerschaft zu beruhigen – wie zum Beispiel die (natürlich unbestätigte) Information aus dem Amt des

¹ Siehe z.B. Herb Keinon et al.: [US expects delay on Israeli-Palestinian peace talks. Kerry framework rollout](#), *Jerusalem Post* online vom 3. Februar 2014.

² Elad Benan: [U.S. Wants Peace by End of 2014. Indyk Tells Jewish Leaders](#), *Arutz Sheva* online vom 31. Januar 2014.

³ [Kerry: Netanyahu, Abbas can voice objections to framework deal](#). In interview with Washington Post, U.S. secretary of state says expressing reservations to framework deal is only way for both leaders to 'embrace an endgame.', *Haaretz* online vom 8. Februar 2014.

⁴ Siehe Michael Mertes / Evelyn Gaiser: [Primat der Innenpolitik. Das Kabinett Netanjahu III](#), Länderbericht der KAS Israel vom 20. März 2013.

⁵ Siehe z.B. Gil Hoffman / Jeremy Sharon: [Lapid vows to quit coalition over sanctions for haredi draft dodgers](#), *Jerusalem Post* online vom 8. Februar 2014.

⁶ Siehe Thomas Friedman: [Why Kerry Is Scary](#), *New York Times* online vom 28. Januar 2014. Als Beispiel für die israelische Berichterstattung über dieses sei hier erwähnt: [The 'Kerry Plan': Palestinian capital in east Jerusalem, recognition of Jewish state](#), *Jerusalem Post* online vom 29. Januar 2014.

ISRAEL

MICHAEL MERTES

EVELYN GAISER

Februar 2014

www.kas.de/israel

Ministerpräsidenten, dass in einem „final status agreement“ dem Staat Israel rund 10% der Fläche des Westjordanlandes zugeschlagen werden müssten.⁷

Drei Aspekte der innerisraelischen Debatte sollten in diesem Länderbericht kurz dargestellt werden:

- 1) Welche Auswirkungen hat der Streit über die Zwei-Staaten-Lösung und mögliche israelische Konzessionen auf den Zusammenhalt und die Überlebenschancen der gegenwärtigen Regierung?
- 2) Wie entwickelt sich das Bild der Vereinigten Staaten in der israelischen Öffentlichkeit?
- 3) Welche politischen Auswirkungen hat die zunehmende Sorge vor einem gegen Israel gerichteten internationalen Wirtschaftsboykott?

1. Konflikte im Kabinett Netanjahu III

Für das Prinzip einer Zwei-Staaten-Lösung ist in der 19. Knesset eine Mehrheit von mindestens 77 zu 43 Mandaten vorhanden. Die Zahl 77 folgt aus der Addition aller Mandate zentristischer, linker und arabischer sowie aller Mandate ultraorthodoxer Parteien. Entgegen einer verbreiteten Fehlwahrnehmung gibt es bei den Ultraorthodoxen – anders als bei den Nationalreligiösen – keine prinzipiellen Einwände gegen einen Palästinenserstaat.

Mitte-Links: Zentristische, linke und arabische Parteien	Rechts: Nationalistische und ultrareligiöse Parteien
59 Mandate	61 Mandate
<p style="text-align: center;">Zentristische, linke und linkliberale Parteien</p> <ul style="list-style-type: none"> • Jesch Atid (19 Sitze, Reg.) • Awoda (15, Opp.) • HaTnuah (6, Reg.) • Meretz (6, Opp.) • Kadima (2, Opp.) 	<p style="text-align: center;">Nationalkonservative / Nationalistische Parteien</p> <ul style="list-style-type: none"> • Likud Beitenu (31 Sitze, Reg.) • HaBait HaJehudi (12, Reg.)
<p style="text-align: center;">Arabische Parteien</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ra'am-Ta'al (4, Opp.) • Chadasch (4, Opp.) • Balad (3, Opp.) 	<p style="text-align: center;">Ultraorthodoxe Parteien</p> <ul style="list-style-type: none"> • Sephardisch/Schas (11, Opp.) • Aschkenasisch (7, Opp.)

Im Likud gibt es wenigstens einen Politiker, der sich öffentlich auf das Prinzip einer Zwei-Staaten-Lösung festgelegt hat: Ministerpräsident Netanjahu selbst. Diese Festlegung erfolgte 2009 in einer für den **Likud** bahnbrechenden Rede an der Bar-Ilan-Universität⁸ („Bar-Ilan I“). Seit den Knessetwahlen 2013 hat der rechte, siedlerfreundliche Flügel des Likud erheblich an Einfluss gewonnen. Im Verhältnis zu dieser Strömung nimmt Netanjahu innerhalb seiner eigenen Partei eine moderat linke Position ein. Einige seiner Parteifreunde behaupten unterdessen, Netanjahu glaube in Wahrheit nicht daran, dass es in naher Zukunft eine Vereinbarung mit den Palästinensern geben werde.⁹

⁷ Herb Keiron: [How much West Bank land is Israel willing to relinquish to the Palestinians?](#), *Jerusalem Post* online vom 7. Februar 2014.

⁸ Für den vollen Wortlaut der „Bar-Ilan-I“-Rede in englischer Übersetzung siehe [hier](#).

⁹ Anführer der Opposition innerhalb des Likud gegen eine Zwei-Staaten-Lösung ist der stellvertretende Verteidigungsminister Danny Danon, siehe z.B. Raphael Ahren: [Deputy defense minister: This government will block any two-state deal](#), *The Times of Israel* vom 6. Juni 2013; David Horovitz: [Netanyahu's self-made battle against 'Danonism'](#), *The Times of Israel* vom 11. Juni 2013; Shlomi Eldar: [Netanyahu Not Considering Two-State Solution, Says Danon](#), *Al-Monitor* vom 11. Juni 2013.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ISRAEL

MICHAEL MERTES

EVELYN GAISER

Februar 2014

www.kas.de/israel

In einer zweiten, ebenfalls an der Bar-Ilan-Universität gehaltenen Rede¹⁰ („Bar-Ilan II“) wiederholte Netanjahu im Oktober 2013 zwar sein Ja zur Zwei-Staaten-Lösung, formulierte es allerdings sehr viel zurückhaltender als 2009. Kommentatoren stellten fest, in „Bar-Ilan II“ habe Netanjahu als eigentliche Ursache des Konflikts herausgestellt, die Palästinenser seien dagegen, dass Juden in Israel leben;¹¹ die regierungskritische *Haaretz* meinte sogar, „Bar-Ilan II“ laufe auf einen Widerruf von „Bar-Ilan I“ hinaus.¹²

Im Fokus: Die Anerkennung Israels als Jüdischer Staat

Es trifft jedenfalls zu, dass Netanjahu seit „Bar-Ilan II“ eine israelische Bedingung ganz besonders herausstellt: Die palästinensische Seite müsse Israel explizit als jüdischen Staat anerkennen. Erstmals wurde diese Forderung im Jahr 2000 von Tzipi Livni in die Debatte geworfen – und 2007 zum Verhandlungsgegenstand in Annapolis gemacht. Eine Mehrheit 77% der jüdischen Israelis befürwortet heute – laut einer Umfrage des *Israel Democracy Institute* – eine solche Anerkennung.¹³

Der *grand old man* der israelischen Politikwissenschaft, Shlomo Avineri, wies jüngst in einem ausgewogen argumentierenden Op-Ed für *Haaretz* darauf hin, Netanjahus Forderung greife die israelische Urangst auf, dass die Palästinenser sich niemals wirklich mit der Gründung des Staates Israel 1948 abgefunden hätten. Zwar sei die völkerrechtliche Anerkennung Israels als jüdischer Staat nicht notwendig, aber die palästinensische Seite müsse durch öffentliche Erklärungen ihrer Repräsentanten klar zu verstehen geben, dass sie Israel als jüdischen Nationalstaat wirklich akzeptiert; dies habe zum Beispiel der ägyptische Präsident Anwar as-Sadat in seiner historischen Rede vor der Knesset 1977 getan.¹⁴

Von palästinensischer Seite wird der Forderung nach völkerrechtlicher Anerkennung Israels als jüdischer Staat vehement widersprochen. Dies könne, so wird unter anderem befürchtet, als Legitimation zur Diskriminierung der arabisch/palästinensischen Israelis (rund 20% der Bevölkerung Israels) missbraucht werden. Aus Kreisen der US-Regierung wurde dementiert, dass Kerry die Staaten der Arabischen Liga dränge, auf diese Forderung Netanjahus einzugehen.¹⁵

Während sich nationalistische Likud-Vertreter wie Danny Danon mit ablehnenden Äußerungen über die Zwei-Staaten-Lösung derzeit zurückhalten, lässt der nationalreligiöse Koalitionspartner **HaBajit HaJehudi** (Das jüdische Zuhause) unter Führung von Wirtschafts- und Religionsminister Naftali Bennett keinen Zweifel daran, dass er dieses Ziel für falsch hält und zur Not bereit ist, die Regierung zu verlassen.

Bennett vertritt die Auffassung, Israel solle die Zone C, die rund 60% des Westjordanlandes ausmacht und in der rund 340.000 israelische Siedler leben, annektieren und den dort ansässigen rund 90.000 Palästinensern (so Bennetts eigene Schätzung) die Staatsbürgerschaft anbieten.¹⁶ Kürzlich ließ sich Bennett auf einen öffentlichen Schlagabtausch mit Netanjahu ein.¹⁷ Dieser hatte zu erkennen gegeben, dass er sich jüdische Siedlungen auf künftigem palästinensischen Hoheitsgebiet durchaus vorstellen könnte. Durch eine allgemein als halbherzig bewertete Entschuldigung („Ich wollte den Ministerpräsidenten nicht beleidigen“) konnte Bennett seinen Hinauswurf aus dem Kabinett und damit die erste große Krise des Kabinetts Netanjahu III in letzter Minute abwenden.

Netanjahus zentristische Koalitionspartner

Für eine Zwei-Staaten-Lösung sprechen sich die beiden zentristischen Koalitionspartner aus: Die kleinere **HaTnua** unterstützt vorbehaltlos ihre Vorsitzende Tzipi Livni, zu deren Portfolio neben dem Justizministerium die Führung der Verhandlungen mit den Palästinensern gehört.

¹⁰ Für den vollen Wortlaut der „Bar-Ilan-II“-Rede in englischer Übersetzung siehe [hier](#).

¹¹ Lahav Harkov: [Netanyahu lowers expectations for Israeli-Palestinian peace](#), *Jerusalem Post* online vom 7. Oktober 2013

¹² Barak Ravid: [Four years on, Netanyahu returns to Bar Ilan more hawkish than ever](#), *Haaretz* online vom 7. Oktober 2013.

¹³ Gil Hoffman: [Poll: Large majority of Israelis believe Abbas must recognize Jewish state](#), *Jerusalem Post* online vom 4. Februar 2014.

¹⁴ Shlomo Avineri: [Mahmoud Abbas holds the key to peace](#). We don't need the Palestinians to recognize Israel as a Jewish state, but we do need to hear them say – publicly – that they accept us, *Haaretz* online vom 3. Februar 2014.

¹⁵ Herb Keinon: [US denies Kerry pressing Arab League to recognize Israel as Jewish state](#), *Jerusalem Post* online vom 10. Januar 2014.

¹⁶ Tovah Lazaroff: [Bennett: Apply Israeli sovereignty over Area C](#), *Jerusalem Post* vom 17. Juni 2013.

¹⁷ Herb Keinon: [Bennett: Jews living under PA rule would be killed](#), *Jerusalem Post* vom 28. Januar 2014.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ISRAEL

MICHAEL MERTES

EVELYN GAISER

Februar 2014

www.kas.de/israel

Jesch Atid, der zweitgrößte Koalitionspartner nach dem Likud, vertritt diese Position ebenfalls.¹⁸ Allerdings hielt sich der Jesch-Atid-Gründer und -Vorsitzende Jair Lapid mit öffentlichen Äußerungen zu diesem Thema anfänglich zurück – vermutlich, um Naftali Bennett, seinen Hauptverbündeten im Hinblick auf innenpolitische Reformen, nicht unnötig zu verärgern. Inzwischen lässt er keinen Zweifel an seinem Ja zur Zwei-Staaten-Lösung aufkommen. Netanjahus Forderung nach völkerrechtlicher Anerkennung Israels als jüdischer Staat unterstützt er nicht.¹⁹

Eines ist klar: Sollte es jemals dazu kommen, dass Israel sich zum Rückzug aus dem allergrößten Teil des Westjordanlandes verpflichtet, sind erhebliche innenpolitische Kontroversen zu erwarten. Wie viele Siedler betroffen wären, lässt sich nicht mit Bestimmtheit sagen. Die Zahl von 80.000, die der frühere Ministerpräsident Ehud Olmert nennt,²⁰ scheint realistisch zu sein.

2. Kritik an den Vereinigten Staaten

Symptomatisch für die zunehmend gereizte Stimmung in Israels politischer Klasse ist auch die außergewöhnlich offene Kritik von der rechten Seite des politischen Spektrums an der amerikanischen Außenpolitik im Allgemeinen und US-Außenminister Kerry im Besonderen.

Besonderes Aufsehen erregten die scharfen persönlichen, durch Indiskretion öffentlich gewordenen Angriffe von Verteidigungsminister **Moshe „Bogie“ Ja’alon** auf Kerry.²¹ Der nationalreligiöse Knessetabgeordnete **Motti Jogeve** glaubte gar, bei Kerry „antisemitische Untertöne“ gehört zu haben²² – wofür er sich später mit der Bemerkung, das sei nicht persönlich gemeint gewesen, lauwarm entschuldigte.

Erheblichen Ärger bei vielen israelischen Politikern löste Kerrys Warnung am 1. Februar auf der Münchner Sicherheitskonferenz²³ aus, ein Scheitern der Verhandlungen könne internationale Tendenzen zum Wirtschaftsboykott gegen Israel verstärken. **Ministerpräsident Netanjahu** persönlich verwahrte sich gegen diesen Hinweis.²⁴

Eine Umfrage des [Geocartography Institute](http://www.geocartography.com) für die Wochenendausgabe der *Jerusalem Post* vom 7./8. Februar²⁵ ergab, dass israelische Juden die Verlässlichkeit US-amerikanischer Sicherheitsgarantien zurzeit sehr skeptisch beurteilen: Israel könne, so glauben 70% der Befragten, nicht uneingeschränkt darauf bauen, dass die Vereinigten Staaten israelischen Interessen und Sicherheitsbedürfnissen Genüge tun werden.

Können die Vereinigten Staaten unter Präsident Obama im Rahmen einer israelisch-palästinensischen Friedensregelung Israels Interessen und Sicherheitsbedürfnissen Genüge tun? (Grundgesamtheit: Erwachsene jüdische Israelis)	
Definitiv nicht	23%
Nicht	25%
Nicht völlig	22%
Ja	17%
Definitiv ja	8%
k.A.	5%

Zu der teilweise harschen Kritik israelischer Politiker aus nationalkonservativen, nationalistischen und nationalreligiösen Kreisen an US-Außenminister Kerry erklärten 67% der Befragten, das entspreche auch ihrer Meinung; nur 32% widersprachen.

¹⁸ Siehe [Lapid lays out party platform](#), *Ynetnews* vom 3. Mai 2012.

¹⁹ Jonathan Lis: [Yair Lapid: Israel doesn't need Palestinian recognition of Jewish state](#), *Haaretz* online vom 9. Oktober 2013.

²⁰ Siehe [Olmert: No doubt Israel can evacuate 80,000 settlers from West Bank](#). Former Israeli prime minister says his proposed peace deal in 2008 included no Israeli presence in Jordan Valley, contrary to current Israeli demand, *Haaretz* online vom 7. Februar 2014.

²¹ Siehe [Ya'alon: Kerry should win his Nobel and leave us alone](#), *Ynetnews* vom 14. Januar 2014; [Ya'alon's office issues letter of apology to Kerry](#), *Ynetnews* vom 14. Januar 2014.

²² Lahav Harkov: [Bayit Yehudi MK: Kerry pressure on Israel has anti-Semitic undertones](#), *Jerusalem Post* online vom 30. Januar 2014.

²³ Siehe [hier](#).

²⁴ Vgl. als ein Beispiel von vielen Kobi Nachshoni: [Netanyahu hits back at Kerry: Boycott threats won't work](#), *Ynetnews* vom 2. Februar 2014.

²⁵ Gil Hoffman: [70% of Israelis don't trust US on security, says poll](#), *Jerusalem Post* vom 7./8. Februar 2014, S. 1 und 10.

ISRAEL
MICHAEL MERTES
EVELYN GAISER

Februar 2014

www.kas.de/israel

3. Israelische Sorgen vor der Boykottbewegung

Die Befunde der Geocartography-Umfrage bestätigen den durch die öffentlichen Diskurse der vergangenen Wochen vermittelten Eindruck, dass in Israel die Sorge vor einer internationalen Boykottbewegung zunimmt. Zwei Drittel der jüdischen Israelis – 67% – teilen Kerrys Befürchtung, und nur 17% äußern sich völlig unbeeindruckt. In einer dramatischen Rede warnte Finanzminister Jair Lapid kürzlich vor einer (durch Sanktionen ausgelösten) Wirtschaftskrise, sollten die israelisch-palästinensischen Verhandlungen scheitern.²⁶

Kerrys Warnungen vor dem Risiko eines internationalen Wirtschaftsboykotts trafen also einen Nerv. Allerdings mag bezweifelt werden, ob die bislang bekannt gewordenen „Boykott“-Fälle (es handelt sich dabei vor allem um „Divestment“-Fälle, also um die Rücknahme von Beteiligungen an israelischen Unternehmen) es rechtfertigen, das dramatische Bild eines nahenden Boykott-Tsunamis zu beschwören.²⁷

Schmerzlich ist aus israelischer Sicht, dass auch eng befreundete europäische Regierungen inzwischen die Fortsetzung ihrer wissenschaftlich-technologischen Zusammenarbeit mit Israel von einer „Territorialklausel“ abhängig machen, mit der sichergestellt werden soll, dass israelische Einrichtungen im Westjordanland oder in Ost-Jerusalem keine Zuwendungen aus den vom Partnerland zur Verfügung gestellten Mitteln erhalten. Besonderes Aufsehen erregte in diesem Zusammenhang ein *Haaretz*-Bericht im Januar über entsprechende Pläne der Regierung Merkel.²⁸

Mit einem international bekannten Gesicht verband sich diese Debatte, als die Schauspielerin Scarlett „ScarJo“ Johansson wegen eines Werbespots für das im Westjordanland (Mischor Adumim) produzierende israelische Unternehmen *SodaStream* in die Kritik geriet. Es wurde „ScarJo“ in Israel hoch angerechnet, dass sie sich nicht von *SodaStream* distanzierte, sondern sich von der NGO *Oxfam* trennte, die ihr Engagement für *SodaStream* missbilligt hatte.²⁹

Insgesamt wird in der israelischen Debatte nicht genügend differenziert zwischen der internationalen Boykottbewegung „[BDS - Boycott, Divestment and Sanctions](#)“ auf der einen Seite und Staaten und Staatenverbänden wie der EU auf der anderen. Während Staaten und Staatenverbände sich um eine völkerrechtskonforme Förderpraxis bemühen, stehen Teile der BDS-Bewegung im Verdacht, letztlich das Existenzrecht Israels selbst in Frage zu stellen.

Fazit und Ausblick

- Es steht zu erwarten, dass die israelisch-palästinensischen Friedensverhandlungen bis zum Jahresende 2014 innenpolitische Reformthemen in den Hintergrund drängen werden.
- Ministerpräsident Netanjahu hat sich mit der – von palästinensischer Seite vehement zurückgewiesenen – Forderung nach Anerkennung Israels als jüdischer Staat in einer Weise öffentlich festgelegt, dass derzeit nicht zu erkennen ist, wie ein für beide Seiten gesichtswahrender Kompromiss in dieser Frage aussehen könnte.
- Meinungsumfragen zeigen, dass die Debatte über die israelisch-palästinensischen Verhandlungen sich zurzeit eher günstig auf die Wahlaussichten der nationalkonservativ-nationalistischen (Likud Beitenu) und nationalreligiösen (HaBajit HaJehudi) Koalitionspartner auswirkt, während die beiden zentristischen Koalitionspartner (Jesch Atid und HaTnua) zurzeit leichte Einbußen hinnehmen müssen. Allerdings würde eine Neuwahl der Knesset an der klaren parlamentarischen Mehrheit für eine Zwei-Staaten-Lösung nichts ändern.³⁰
- Trotz massiver Opposition innerhalb des Likud gegen eine Zwei-Staaten-Lösung sitzt Ministerpräsident Netanjahu fest im Sattel. Es gibt keinen innerparteilichen Rivalen, der ihm auch nur annähernd ebenbürtig wäre. Entgegen mancher Spekulation ist auch nicht zu erwarten, dass Netanjahu im äußersten Fall bereit wäre, zusammen mit

²⁶ Marissa Newman: [Lapid: Israel faces economic crisis if peace talks fail](#), *The Times of Israel* vom 29. Januar 2014.

²⁷ Jeremy Newmark: [Stop talking up the boycott](#), *Haaretz* online vom 5. Februar 2014; David Rosenberg: [Did someone say 'boycott'?](#) Everyone's talking about it, but no one's actually doing it, *Haaretz* online vom 6. Februar 2014, Printausgabe 7. Februar, S. 14.

²⁸ Siehe Barak David: [Germany conditions high-tech, science grants on settlement funding ban](#), *Haaretz* online vom 23. Januar 2014.

²⁹ Siehe [Scarlett Johansson quits as Oxfam ambassador after row over SodaStream job](#), *Ynetnews* vom 30. Januar 2014.

³⁰ Siehe die aktuellen Umfrageergebnisse bei <http://knessetjeremy.com/>.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Anhängern den Likud zu verlassen und eine neue politische Formation (wie 2005 Ariel Sharon die Kadima) zu gründen.³¹

ISRAEL

MICHAEL MERTES

EVELYN GAISER

Februar 2014

www.kas.de/israel

³¹ Siehe Yossi Verter: [No matter what happens with Kerry, Netanyahu determined to be the last man standing](#), Haaretz online vom 6. Februar 2014.